

WAZ - Oscar Ganssen

17.10.2018

# Schulleiter kritisieren AfD-Plattform

Online-Meldeportale für parteikritische Lehrer „erinnern an dunkle Zeiten“. Appell an alle Pädagogen, sich nicht einschüchtern zu lassen

Von Andrea Rickers

Erschreckend, bedenklich, reine Denunziation – so lauten Reaktionen von Oberhausener Schulleitungen auf neuartige Meldeplattformen für AfD-kritische Lehrer. In Hamburg und Baden-Württemberg sind solche Seiten der „Alternative für Deutschland“ (AfD) bereits online gegangen. Auf denen sollen Schüler anonym Lehrer anschwärzen, die sich gegen die AfD äußern und damit aus Sicht der Partei mutmaßlich gegen das Neu-

ralitätsgebot verstoßen. Andere AfD-Landesverbände planen ebenfalls Initiativen nach dem Hamburger Vorbild.

„Damit werden minderjährige Schüler parteipolitisch missbraucht“, sagt Marc Bücken, Leiter des Hans-Sachs-Berufskollegs und Sprecher der weiterführenden Schulen in Oberhausen. „Es ist eine große Perfidität, Schüler über ihre Lehrer auszufragen, das greift in das Vertrauensverhältnis ein, diese Vorgehensweise widerspricht allen pädagogischen Grundsät-



Holger Schmenk (li.) und Marc Bücken  
FOTOS: BÖGEHOLZ/WALLHORN

zen.“ Hier würden Schüler gegen ihre Lehrer aufgehetzt. „Das macht man nicht, das ist nicht im Sinne des Schulfriedens und spaltet mehr als dass es irgendetwas löst“, sagt Marc Bücken.

vermitteln. Dazu könne auch gehören, im Unterricht zu diskutieren, ob Äußerungen von Mitgliedern einer Partei („Vogelschiss“, „Denkmal der Schande“) noch verfassungskonform seien.

Die Melde-Methode erinnere an solche aus dunklen Zeiten der deutschen Geschichte, erklärt Geschichtslehrer Schmenk. „Nennen Sie mir eine andere demokratische Partei, die sich solcher Methoden bedient.“

Die AfD müsse sich fragen lassen, was dabei herauskommen soll, meint auch Bücken. Zudem es überhaupt keine Anhaltspunkte dafür gebe, dass Lehrer sich nicht angemessen verhielten. Und wenn doch, dann sei es die Aufgabe des mündigen Schülers, zum Lehrer zu gehen, zur Schulleitung oder den anderen Gremien wie Schülervertretung oder Schulkonferenz.

„Wir haben ein transparentes Schulsystem“, sagt Bücken. Einer AfD-motivierten Dienstaufsichtsbeschwerde „würde ich gelassen entgegensehen“. Dann gäbe es eine Untersuchung und dabei würde die Unsinnigkeit klar werden.

Auch Holger Schmenk appelliert an seine Kollegen, sich bloß nicht einschüchtern zu lassen: „Wir sollten jetzt erst recht diskutieren, auch über das Thema Populismus.“

## KOMMENTAR

Von Andrea Rickers



## Verunsicherung säen

Es steht jedem frei sich zu beschweren. In einem demokratisch verfassten System, zu dem auch das Bildungssystem zählt, gibt es offizielle Wege, um gegen vermeintliche oder tatsächliche Missstände anzugehen. Das kann mühsam sein, anstrengend und nicht immer gleich erfolgreich, aber so ist das in einer Demokratie. Das Ansinnen der AfD, sich über aus ihrer Sicht missliebige Lehrer zu beschweren, ist nicht

das Erschreckende. Das Skandalöse ist die Spitzel-Methode, bei der Schüler instrumentalisiert werden. Zweck der Methode ist es, Angst und Verunsicherung zu säen. Eine Stimmung, die die AfD nur zu gerne verbreitet, weil sie ihr politisch nützt. Lösungen sind damit in der Regel nicht verbunden. Mal abgesehen davon, dass kritische Diskussionen im Politik- oder Geschichtsunterricht überhaupt kein Problem darstellen.

## Staat und Verfassung verpflichtet

„Wir wissen um das Neutralitätsgebot der Lehrer und handeln nach bestem Wissen und Gewissen“, sagt Holger Schmenk, Leiter des Sophie-Scholl-Gymnasiums und Vorsitzender des Landesverbandes der NRW-Geschichtslehrer. Das Neutralitätsgebot bedeutet: Pädagogen im Klassenzimmer dürfen sich nicht offensiv für oder gegen eine Partei aussprechen, also im politischen Sinne agitieren.

„Wir sind dem Staat und der Verfassung verpflichtet, nicht einer Partei“, sagt Schmenk. Lehrkräfte seien aufgefordert, eine sachliche Rolle einzunehmen, aber sie seien auch in der Pflicht, Grundwerte zu